

Palästina - Jenseits des 7. Oktobers

Von der osmanischen Herrschaft bis zur heutigen Besatzung



Eine Einordnung des aktuellen Konflikts
in den größeren historischen Kontext

Einleitung

Palästina. Kaum ein anderes Wort löst heute wohl weltweit so viele Emotionen, Debatten und Missverständnisse aus. Wer dabei allerdings unmittelbar an den 7. Oktober 2023 denkt, folgt nicht zufällig diesem Reflex, sondern den Schlagzeilen eines medial konstruierten Narrativs, das den Konflikt als plötzliche Eskalation darstellt und dabei ganz bewusst seinen historischen Kontext ausblendet.

Diese Perspektive verschiebt den Fokus: weg von jahrzehntelanger Besatzung und struktureller Gewalt, hin zu einem „Einzelfall“, der scheinbar irgendwie „aus dem Nichts“ kam. Doch was wir heute in Gaza und im Westjordanland erleben, ist kein Ausnahmezustand, sondern nur die logische Folge einer anhaltenden Politik von Landnahme und Kontrolle.

In westlichen Medien wird der Konflikt oft auf einzelne Gewaltausbrüche reduziert. Palästinensischer Widerstand erscheint dann nicht mehr als Reaktion, sondern als Ursache. Schon die Bezeichnung „Palästinafrage“ suggeriert Neutralität – als ginge es um irgendeine offene, legitime Debatte und nicht etwa um eine über Jahrhunderte hinweg dokumentierte Enteignung, Unterdrückung und Auslöschung. Nach dem 7. Oktober erreichte diese Verzerrung jedoch einen neuen Höhepunkt: Die schnelle Gleichsetzung mit einem „neuen 9/11“ schuf ein Klima, in dem massive Gewalt gegen die palästinensische Zivilbevölkerung gerechtfertigt wurde.

Diese gezielte Trennung von Geschichte und Gegenwart schwächt nicht nur das globale Bewusstsein für die Wurzeln des Konflikts, sondern untergräbt vor allem das Selbstverständnis der muslimischen Gemeinschaft als zusammenhängender Körper¹.

Dabei reicht die Geschichte Palästinas als Teil der muslimischen Welt sehr weit zurück. Bereits unter dem zweiten Kalifen ‘Umar ibn al-Khaṭṭāb (634-644) wurde Jerusalem Teil der islamischen Welt – eine Stadt, die schon zu Lebzeiten des Propheten ﷺ neben Mekka und Medina eine besondere Stellung einnahm. Der Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee zeugen bis heute von dieser tiefen Verbindung. Ende des 11. Jahrhunderts fiel Jerusalem jedoch in die Hände der Kreuzritter und blieb fast ein Jahrhundert lang unter ihrer Herrschaft. Bei der Eroberung im Jahr 1099 verübten sie eines der größten Massaker des Mittelalters: bis zu 70.000 Menschen - Muslime sowie Juden - wurden während des gewaltsamen Einmarschierens getötet.² Als Ṣalāḥ ad-Dīn al-Ayyūbī die Stadt dann im späten 12. Jahrhundert zurückeroberte, prägte sich dieser Wendepunkt tief ins kollektive Gedächtnis der muslimischen Welt ein.

Bis zum Ersten Weltkrieg war Palästina über Jahrhunderte Teil islamischer Reiche, zuletzt des Osmanischen Kalifats. Angesichts dieser umfassenden Geschichte kann dieses Whitepaper unmöglich alle Aspekte im Detail abdecken. Was eigentlich über Palästina gesagt werden müsste, übersteigt schlichtweg den Rahmen dieses Dokuments und verdient eine Behandlung, die über diesen Rahmen hinausgeht. Unser Fokus soll daher auf den Entwicklungen seit dem 20. Jahrhundert liegen: die Rolle des Zionismus, des Kolonialismus und der westlichen Mächte, und wie daraus ein System entstand, das bis heute Millionen Palästinenser entrechtet.

Ziel ist es, jungen Muslimen - und all jenen, die sich ernsthaft mit der Geschichte Palästinas auseinandersetzen wollen - eine fundierte historische Übersicht an die Hand zu geben, die Orientierung ermöglicht und als Grundlage für eine klare, selbstbewusste Haltung dient, insha’Allah.

Dieses Whitepaper klärt vier zentrale Fragen:

- Welche historischen Ansprüche auf Palästina gibt es und wie steht es um die zionistische „Rückkehr“?
- Wie entwickelte sich Israels Expansionspolitik seit 1948?
- Welche Rolle spielen westliche Staaten bei der Unterstützung Israels?
- Und schließlich: Was sagt der 7. Oktober über die wahre Natur des Konflikts aus?

Im Zeitalter sozialer Medien und Hollywood wird Geschichte gerne mal aus ihrem Zusammenhang gerissen und neu gedeutet, sei es aus Unwissenheit oder purer politischer Absicht. Dieses Whitepaper entlarvt diese historische Neuschreibung und setzt hinter die vermeintliche „Palästinafrage“ ein glasklares Ausrufezeichen. Denn es gibt keine komplizierte Frage, sondern nur eine eindeutige, wenn auch unbequeme Wahrheit: Palästina ist keine Neuerscheinung, sondern ein uralter Schauplatz der Menschheitsgeschichte – einer, der uns unser wiederkehrendes kollektives Versagen vor Augen hält.

Die Wurzeln des Konflikts

Wenn wir die heutigen Ereignisse aus Gaza und dem Westjordanland richtig einordnen wollen, müssen wir zurück zu den Wurzeln des Konflikts gehen. Die schrecklichen Bilder, die heute weltweit aus der Region kursieren, sind nur das Überlaufen eines lange gefüllten Fasses – einer Geschichte, die oft kleingeredet wurde und bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreicht. Damals wurden die Weichen für ein Unrecht gestellt, das bis heute das Leben von Millionen Menschen prägt und in westlichen Medien dennoch oft als bloßer Streit zwischen zwei gleichberechtigten Parteien dargestellt wird.

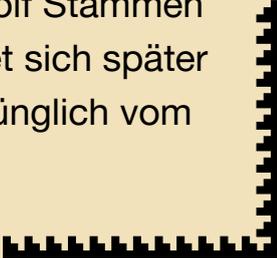
Historische Ansprüche und die Frage nach der Indigenität

Obwohl der Konflikt heute vor allem politischer Natur ist, beginnt die Auseinandersetzung oft mit einer viel grundlegenderen Frage: Wem „gehört“ das Land historisch gesehen? Oder anders ausgedrückt: Wer gilt wirklich als *indigen*, d. h. wer war ursprünglich in Palästina ansässig? Ein zentrales Argument vieler Rechtfertigungen lautet nämlich, dass Juden lediglich in ihre angestammte Heimat zurückkehren würden – schließlich hätten ihre Vorfahren schon vor über 2000 Jahren dort gelebt. Doch hält dieses Narrativ einer genaueren Betrachtung stand?

Historische Quellen zeichnen ein ganz anderes Bild: Das Gebiet, das heute als Palästina bekannt ist, hieß ursprünglich Kanaan und wurde von den sogenannten „Kanaanitern“ bewohnt, bevor es um 1200 v. Chr. von israelitischen Stämmen erobert wurde. In der Bibel ist von gewaltsamen Auseinandersetzungen die Rede und sogar von der Auslöschung der einheimischen Bevölkerung.³ Die frühen Israeliten traten also selbst nicht als Rückkehrer auf, sondern als Eroberer, was natürlich ein völlig anderes Licht auf die Debatte wirft und daher auch häufig ausgeklammert wird.



Die Israeliten bestanden aus zwölf Stämmen, den sogenannten „Zwölf Stämmen Israels“. Einer dieser Stämme war der Stamm Juda. Aus diesem leitet sich später die Bezeichnung „Juden“ ab. Der Begriff „Jude“ stammt also ursprünglich vom Namen des Stammes Juda.



Genetische Forschungen belegen darüber hinaus, dass etwa 60–70 % der heutigen Palästinenser genetische Spuren der Kanaaniter aufweisen; bei Libanesen liegt der Anteil sogar bei bis zu 90 %.⁴ Diese Erkenntnisse widersprechen der verbreiteten Behauptung, Palästinenser seien erst im 7. Jahrhundert durch arabische Migration entstanden. Vielmehr handelt es sich bei ihnen größtenteils um Nachkommen der ursprünglichen Bevölkerung, die im Laufe der Jahrhunderte Sprache und Kultur der Araber übernahm.

Ein Blick auf die Zeiträume macht den Indigenitäts-Anspruch umso absurder: Im Jahr 70 n. Chr. zerstörten die Römer den Zweiten Tempel in Jerusalem, das wichtigste religiöse Zentrum der Juden zu dieser Zeit. In der Folge wurden viele von ihnen aus dem Land vertrieben oder flohen, was den Anbeginn der sogenannten „jüdischen Diaspora“⁵ markierte. Die Israeliten hatten bis zu diesem Zeitpunkt etwa 1300 Jahre in Palästina gelebt. Viele der europäischen Juden, die im 19. Jahrhundert dorthin zurückkehrten, hatten jedoch bereits rund 1800 Jahre außerhalb der Region verbracht – also länger, als ihre Vorfahren überhaupt je dort ansässig waren.

Diese Zusammenhänge bilden den Hintergrund, vor dem wir nun ein entscheidendes Kapitel in der Geschichte Palästinas betrachten müssen: die Entstehung des Zionismus.

Zionismus als europäische politische Bewegung

Ende des 19. Jahrhunderts entstand in Europa eine politische Idee, die den Nahen Osten bis heute prägen sollte: die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina. Unter dem Eindruck von wachsendem Antisemitismus sowie nationalistischen Bewegungen entwickelte der jüdisch-österreichische Journalist Theodor Herzl eine Vision, die zunächst plausibel erschien – einen sicheren Zufluchtsort für verfolgte Juden zu schaffen. Der Schutz vor Verfolgung sollte sich jedoch schon bald als Deckmantel für ein viel weitreichenderes Ziel erweisen: die Gründung eines Staates, in dem Juden dauerhaft die Mehrheit stellen sollten. Aus dieser Idee wurde ein konkretes politisches Projekt, das unter dem Begriff *Zionismus* bekannt wurde. Der Name leitet sich vom biblischen Berg Zion in Jerusalem ab, der symbolisch für die jüdische Heimkehr steht.

Wichtig: Nicht alle Juden sind Zionisten. Viele lehnen den Zionismus aus religiösen oder politischen Gründen ab – teils sogar mehrheitlich. Der Zionismus repräsentiert also nicht das gesamte jüdische Volk.

Schon früh zeigte sich, dass die zionistische Bewegung bereit war, dieses Ziel mit politischem und finanziellem Druck zu verfolgen. Theodor Herzl selbst wandte sich 1901 direkt an den osmanischen Sultan Abdulhamid II. und bot diesem an, die hohen Staatsschulden des Osmanischen Reiches durch europäische Banken begleichen zu lassen – im Gegenzug für jüdische Siedlungsrechte in Palästina. Der Sultan lehnte entschieden ab und machte klar: Solange er lebe, werde kein Stück dieses Landes abgegeben.

Was viele nicht wissen: Die zionistische Bewegung hatte es anfangs nicht ausschließlich auf Palästina abgesehen. Zur damaligen Zeit kontrollierten europäische Großmächte wie Großbritannien weite Teile der Welt. Im Zuge dessen bot die britische Kolonialmacht auch entlegene Gebiete in Ostafrika (heutiges Uganda) oder Südamerika (etwa in Argentinien) als möglichen Standort für einen jüdischen Staat an. Doch die zionistische Führung bestand auf Palästina – obwohl das Land bereits dicht besiedelt war. Ausschlaggebend waren dabei nicht die geografische Lage oder andere praktische Vorteile, sondern die religiöse und symbolische Bedeutung, die Palästina im Judentum einnimmt. Es ging also nicht einfach um irgendein beliebiges Stück Land, sondern um ein ideologisch aufgeladenes Zielgebiet.

Der zionistische Schriftsteller Max Nordau prägte damals den bekannten Ausspruch vom „Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“. Er blendete bewusst die Existenz der palästinensischen Bevölkerung aus und offenbarte damit die koloniale Natur des Projekts: Einen Staat in einem bewohnten Land zu errichten, bedeutete zwangsläufig Verdrängung, sei es durch massive Einwanderung, Landnahme oder beides.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanischen Reiches gewann die Bewegung dann weiter an Auftrieb. 1917 erklärte Großbritannien in der sogenannten Balfour-Deklaration seine Unterstützung für die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ des jüdischen Volkes in Palästina, ohne dabei die dort lebende Bevölkerung zu konsultieren. Es war ein politisches Versprechen auf fremdem Boden, eine Rechnung, die im wahrsten Sinne des Wortes nicht mit dem Wirt gemacht wurde – und die zur Grundlage eines Konflikts wurde, der bis heute nachwirkt.

Doch wie lebten die Menschen in Palästina eigentlich, bevor europäische Mächte und zionistische Organisationen begannen, sich einzumischen und die Region nach ihren Interessen umzugestalten?

Palästina unter osmanischer Herrschaft

Bevor europäische Mächte direkten Einfluss nahmen, war Palästina Teil des Osmanischen Reiches, eingebettet in ein größeres islamisches Kalifat.

Unter osmanischer Verwaltung galt das Gebiet als multireligiöser Raum, in dem Muslime, Christen und Juden größtenteils friedlich zusammenlebten. Das sogenannte *Millet*-System gewährte religiösen Minderheiten wie den Juden ein hohes Maß an Autonomie in ihren eigenen Angelegenheiten. Jüdische Gemeinden waren über Generationen hinweg Teil einer mehrheitlich arabisch-muslimischen Gesellschaft. Einige von ihnen stammten aus Familien, die im Laufe der Jahrhunderte in die Region kamen, nicht aber als „Rückkehrer“ mit Besitzanspruch, sondern als Minderheit, die sich in ein bestehendes Zusammenleben einfügte.

Erst mit dem Aufkommen des politischen Zionismus geriet dieses Gleichgewicht ins Wanken. Besonders schmerzhaft war der Brandanschlag auf die Al-Aqsa-Moschee im Jahr 1969, bei dem auch die hölzerne Kanzel zerstört wurde, die *Ṣalāḥ ad-Dīn al-Ayyūbī* nach der Rückeroberung Jerusalems als Symbol muslimischer Rückkehr hatte einbauen lassen und die über sieben Jahrhunderte hinweg erhalten geblieben war.

Als nun deutlich wurde, dass es nicht um Integration, sondern um die Errichtung eines jüdischen Nationalstaats ging, wuchs der Widerstand innerhalb der osmanischen Verwaltung und in der Bevölkerung. Die Spannungen nahmen weiter zu, besonders als das Osmanische Reich nach dem Ersten Weltkrieg zerfiel und Großbritannien im Rahmen des sogenannten britischen Mandats die Kontrolle über Palästina übernahm.

Diese neue Konstellation veränderte den Verlauf der Region grundlegend – und genau darum soll es im nächsten Abschnitt gehen, insha'Allah.

Vom britischen Mandat zur Staatsgründung (1917-1948)

Das britische Mandat für Palästina

Die britische Mandats Herrschaft über Palästina, die 1920 begann, war mehr als nur ein Verwaltungswechsel: Sie markierte den Anbeginn einer Phase, in der das politische Fundament für einen jüdischen Staat vorbereitet wurde, und das auf Kosten der arabischen Mehrheit.

Grundlage dieser Entwicklung war die zuvor erwähnte Balfour-Deklaration von 1917, in der Großbritannien seine Unterstützung für eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zusicherte, ohne die palästinensische Bevölkerung, die rund 90 % der Einwohner stellte, überhaupt mit einzubeziehen. In der offiziellen Mandatsurkunde wurden ihre Rechte zwar erwähnt, aber nur in vagen Formeln als „bürgerliche und religiöse Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften“.

In der Praxis zeigte sich dieses Ungleichgewicht schnell: Zwischen 1922 und 1935 stieg der jüdische Bevölkerungsanteil von 11 % auf 27 %, gefördert durch gezielte Einwanderungspolitik und staatliche Unterstützung, während palästinensische Bauern gleichzeitig entrechtet und verdrängt wurden. Auch beim Zugang zu Land und Eigentum entstand ein systematisches Ungleichgewicht zugunsten jüdischer Siedler.

Der arabische Aufstand (1936-1939) und britische Reaktionen

Die zunehmende Benachteiligung der palästinensischen Bevölkerung führte 1936 zum Arabischen Aufstand – einem der bedeutendsten Kapitel im frühen Widerstand gegen Kolonialherrschaft und Siedlungsexpansion. Er zeigt, dass palästinensischer Widerstand nicht erst mit Gruppen wie der Hamas begann, sondern tief in der kolonialen Realität der 1930er-Jahre verwurzelt ist. Doch dieser historische Zusammenhang wird im offiziellen israelischen Narrativ bewusst verdrängt, als hätte es zuvor weder eine palästinensische Gesellschaft noch organisierten Widerstand gegeben. Der Aufstand selbst war eine direkte Reaktion auf die britische Politik und die strukturelle Förderung des zionistischen Projekts, und nicht, wie ebenfalls oft behauptet, ein Ausdruck irrationalen Antisemitismus.

Auslöser war ein landesweiter Generalstreik, der sich rasch zu einem bewaffneten Widerstand entwickelte. Getragen wurde er von weiten Teilen der Bevölkerung – von Bauern bis hin zu politischen Eliten. Die zentralen Forderungen lauteten: ein sofortiger Stopp der jüdischen Einwanderung, ein Verbot des Landverkaufs an zionistische Organisationen und die Errichtung einer nationalen Regierung, die die arabische Mehrheit im Land repräsentiert.

Die britische Antwort war massiv: Rund 5000 Palästinenser wurden getötet, zehntausende verhaftet, hunderte Häuser zerstört. Die politische Führung wurde ausgeschaltet; viele flohen ins Exil oder verschwanden in Gefängnissen. Diese systematische Schwächung der palästinensischen Strukturen hinterließ eine tiefe Lücke, die sich 1948 schmerzlich bemerkbar machte, als es keine klare politische Führung mehr gab, die dem drohenden Staatsverlust wirksam entgegentreten konnte.

Zwar reagierte Großbritannien 1939 mit einem politischen Kurswechsel – wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden –, doch dieser kam zu spät, um das Machtungleichgewicht noch zu korrigieren.

Zionistischer Terrorismus gegen Briten und Palästinenser

Die 1940er-Jahre waren geprägt von einer Welle strategischer Gewalt: Zionistische Untergrundorganisationen intensivierten ihre Angriffe – zunächst gegen die britische Mandatsmacht, später zunehmend gegen die palästinensische Bevölkerung. Was in westlichen Geschichtsbüchern oft als „israelischer Unabhängigkeitskampf“ bezeichnet wird, war in Wirklichkeit eine koordinierte Terrorkampagne.

Drei Gruppen prägten diese Phase besonders: die Haganah, die später den Kern der israelischen Armee bilden sollte, sowie die radikaleren Irgun und Lehi (auch bekannt als Stern-Gang). Israel ging also aus bewaffneten Gruppierungen hervor, die ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen versuchten.

Die Doppelmoral ist offensichtlich: Israel beansprucht heute für sich das alleinige Recht auf Gewaltanwendung, während es geradezu reflexartig palästinensischen Widerstand als Terror abstempelt. Genau mit dieser Umkehr der Täter-Opfer-Logik wird bis heute der anhaltende Genozid gerechtfertigt. Israels Staatsgründung beruhte auf organisierter Gewalt, aber genau dieses Prinzip dient bis heute als Vorlage für den Umgang mit Widerstand. Dass ein Staat mit solchen Ursprüngen heute vorgibt, über legitimen Protest moralisch zu urteilen, zeigt die ganze Heuchelei westlicher Narrative.

Der Terror richtete sich zunächst gegen jene Kolonialmacht, die das zionistische Projekt zuvor maßgeblich unterstützt hatte. Der Bruch kam 1939 mit dem sogenannten Weißbuch⁶: Großbritannien begrenzte die jüdische Einwanderung, untersagte Landverkäufe und stellte erstmals einen mehrheitlich arabischen Staat in Aussicht – für viele Zionisten ein Verrat. In der Folge verlagerte sich die Gewalt zunehmend auf die palästinensische Bevölkerung, um Raum für den geplanten Staat Israel zu schaffen.

Ein besonders aufsehenerregender Anschlag war die Bombardierung des King David Hotels in Jerusalem im Juli 1946. Der Irgun, unter der Leitung von Menachem Begin, platzierte Sprengsätze im britischen Verwaltungszentrum. Dabei starben 91 Menschen, darunter Briten, Araber und Juden. Die Operation wurde zum Symbol für die zunehmende Radikalisierung der Bewegung.

Ein noch düsteres Kapitel war das Massaker von Deir Yassin im April 1948, nur wenige Wochen vor Staatsgründung. Kämpfer von Irgun und Lehi griffen das palästinensische Dorf bei Jerusalem an und töteten bis zu 250 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Überlebende berichteten von Vergewaltigungen, Verstümmelungen und öffentlicher Zurschaustellung der Opfer. Dieses Massaker war kein Einzelfall, sondern Teil einer gezielten Strategie, mit der ganze Dorfgemeinschaften durch Terror zur Flucht getrieben und die Gebiete entvölkert werden sollten. Wie wir gleich sehen werden, führte diese Vorgehensweise wenig später zu einem der dramatischsten Wendepunkte der palästinensischen Geschichte.

Die Verbindung zwischen diesen Untergrundgruppen und dem späteren Staat Israel ist unübersehbar: Aus der Haganah wurde die offizielle Armee. Mitglieder von Irgun und Lehi stiegen in höchste politische Ämter auf, unter anderem der für das Attentat auf das King David Hotel bekannt gewordene Menachem Begin, der vom Kommandanten einer Terrorgruppe zum Premierminister wurde – und später sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Dass solche Persönlichkeiten nicht nur den Staat mitbegründeten, sondern international als Staatsmänner gefeiert wurden, entlarvt einmal mehr die Doppelmoral westlicher Narrative: Während jeder palästinensische Akt der Gegenwehr sofort kriminalisiert wird, gilt zionistische Gewalt im Rückblick als patriotische Tat oder notwendiger Schritt zur Staatsgründung. Gleichzeitig zeigt sich, wie tief diese Gewalt im israelischen Selbstverständnis verankert ist, und wie wenig davon je kritisch aufgearbeitet wurde.

Die Gewalt endete nicht mit der Staatsgründung, im Gegenteil: Sie erreichte 1948 ihren Höhepunkt in einer lange geplanten Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung – der Nakba.

Die Nakba: Vertreibung und ethnische Säuberung

Die Nakba (arabisch für „Katastrophe“) bezeichnet die systematische Vertreibung und Enteignung von etwa 750.000 Palästinensern im Zuge der israelischen Staatsgründung 1948. Sie war einer der größten Fälle ethnischer Säuberung im 20. Jahrhundert und ist das zentrale historische Trauma der palästinensischen Bevölkerung. Vergleichbar ist ihre Wirkung etwa mit dem Holocaust für Juden oder der Sklaverei für Afroamerikaner. Trotzdem wird die Nakba in westlichen Medien und Schulbüchern bis heute verharmlost, geleugnet oder völlig gestrichen.

Den Ausgangspunkt bildete die UN-Resolution 181 von 1947, die eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah – obwohl Juden gerade mal etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachten. Dennoch sollten ihnen ganze 55% des Landes zugesprochen werden. Die palästinensische Führung lehnte den Plan verständlicherweise ab, während die zionistische Seite ihn zwar offiziell annahm, aber interne Dokumente⁷ belegen, dass er lediglich als erster Schritt zur weiteren Expansion gedacht war.

Zwischen der UN-Resolution und der israelischen Unabhängigkeitserklärung im Mai 1948 begann schließlich die organisierte Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Der sogenannte *Plan Dalet*, den die Haganah im März 1948 verabschiedete, sah ausdrücklich die „Säuberung“ strategisch wichtiger Gebiete vor. Entgegen dem verbreiteten Mythos, die Palästinenser hätten das Land freiwillig verlassen oder seien auf Anweisung arabischer Führer geflohen, zeigen zahlreiche historische Studien - auch von israelischen „Neuen Historikern“ wie Ilan Pappé und Benny Morris - dass die Vertreibung nicht spontan, sondern methodisch vorbereitet und umgesetzt wurde⁸: durch direkte Gewalt, Massaker, psychologische Kriegsführung und die Zerstörung ganzer Dörfer.

Auch mit der Staatsgründung Israels endete die Vertreibung nicht. Etwa 500 palästinensische Dörfer wurden zerstört, um eine Rückkehr vollständig unmöglich zu machen. Das sogenannte *Gesetz über das Eigentum Abwesender* von 1950 legalisierte den größten Landraub der modernen Geschichte: Selbst Palästinenser, die nur in ein Nachbardorf geflohen waren, verloren dadurch ihr gesamtes Eigentum an den israelischen Staat.

Bis heute wirkt die Nakba nach. Über 5 Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge leben in Gaza, dem Westjordanland, Jordanien, Syrien und dem Libanon, oft seit Generationen in Lagern. Obwohl die UN in Resolution 194 das Rückkehrrecht der Geflüchteten bekräftigt hat, verweigert Israel ihnen bis heute die Rückkehr, und nicht nur das: Mit dem 2011 verabschiedeten Nakba-Gesetz werden selbst öffentliche Gedenkveranstaltungen in Israel eingeschränkt oder verboten. Das Ziel dahinter ist klar: Die Erinnerung an die Nakba soll unterdrückt und das palästinensische Narrativ aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden.

Expansion und Konflikte (1948-1978)

Nach der Staatsgründung Israels und der Nakba folgte eine Phase militärischer Expansion. Durch Kriege vergrößerte Israel sein Territorium und brachte weitere palästinensische Gebiete unter Besatzung. Gleichzeitig gewannen bereits zuvor entstandene palästinensische Widerstandsbewegungen an Stärke, darunter die Bewegung um Izz ad-Din al-Qassam, der schon in den 1930er-Jahren gegen britische Kolonialherrschaft und zionistische Expansion kämpfte. Auch arabische Staaten versuchten, verlorenes Land zurückzugewinnen, scheiterten jedoch an der massiven westlichen Rückendeckung für Israel.

Die Kriege von 1956 und 1967

Nur wenige Jahre nach Staatsgründung wurde Israel erstmals militärisch aktiv – nicht etwa aus Selbstverteidigung, sondern aus strategischem Interesse. 1956 kam es zum sogenannten Suezkrieg: Als Ägyptens Präsident Nasser den Suezkanal - eine der wichtigsten Handelsrouten der Welt - unter ägyptische Kontrolle stellte, verbündete sich Israel überraschend mit Großbritannien und Frankreich und griff die Sinai-Halbinsel an. Obwohl es nur wenige Jahre zuvor wegen des Weißbuchs mit Großbritannien im Konflikt lag, einte sie in diesem Moment ein gemeinsames Ziel: die Schwächung Ägyptens. Der Angriff erfolgte ohne akute Bedrohung und machte deutlich, dass Israel zunehmend die Rolle eines westlichen Brückenkopfs⁹ in der Region einnahm.

Elf Jahre später folgte der Sechstagekrieg von 1967. Dieser wird bis heute als israelischer Präventivschlag gegen eine bevorstehende Attacke arabischer Nachbarstaaten dargestellt. Selbst israelische Geheimdienste hatten jedoch vor dem Krieg bestätigt, dass kein Angriff unmittelbar bevorstand.¹⁰ In Wahrheit nutzte Israel also die angespannte Lage, um militärisch zuzuschlagen. Das Ergebnis war die Besetzung des Westjordanlands, des Gazastreifens, der Golanhöhen und der Sinai-Halbinsel – eine weitreichende territoriale Ausweitung, die ganz klar gegen das Völkerrecht verstieß.

Besetzung palästinensischer Gebiete

Mit der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens 1967 erreichte die Unterdrückung für die palästinensische Bevölkerung ein neues Ausmaß. Israel richtete ein dauerhaftes System militärischer Kontrolle ein, das bis heute besteht. Bewegungsfreiheit, politische Teilhabe und grundlegende Rechte wurden massiv eingeschränkt. Gleichzeitig begann der Bau jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten. Damit wollte Israel gezielt Strukturen schaffen, die eine Rückgabe dieser Gebiete zunehmend unmöglich machen.

Die Siedlungspolitik verfolgte mehrere Ziele. Sie sollte die Bevölkerungsstruktur in den besetzten Gebieten verändern, den Zugang zu Wasser und anderen Ressourcen sichern und die palästinensischen Gebiete so zerschneiden, dass ein zusammenhängender Staat nicht mehr entstehen kann. Ab 1977, nach dem Regierungswechsel zur rechtsnationalen Likud-Partei, wurde diese Politik deutlich verschärft.

Nach internationalem Recht ist die Ansiedlung eigener Zivilisten in besetztem Gebiet verboten. Die Vierte Genfer Konvention¹¹ untersagt einer Besatzungsmacht ausdrücklich, Teile ihrer eigenen Bevölkerung in besetztes Gebiet zu verlegen. Trotzdem wurde der Siedlungsbau jahrzehntelang staatlich gefördert, militärisch abgesichert und durch Enteignung palästinensischen Landes vorangetrieben.

Entstehung des palästinensischen Widerstands

Als Antwort auf die anhaltende Besetzung gründeten palästinensische Gruppen 1964 die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) – lange vor der Gründung der Hamas. Unter der Führung von Yasser Arafat wurde die PLO zur wichtigsten politischen Vertretung der Palästinenser. Nach der Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg von 1967 wurde vielen klar: Die Befreiung Palästinas würde nicht von außen kommen, sie müssten selbst aktiv werden.

Ohne reguläre Armee, Luftwaffe oder Panzer blieb den Palästinensern jedoch nur der Guerillakampf gegen eine militärisch überlegene Besatzungsmacht. Die PLO kombinierte diesen mit politischer Diplomatie – und konnte trotz vieler Rückschläge internationale Anerkennung gewinnen: 1974 wurde sie von den Vereinten Nationen offiziell als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt.

Der Jom-Kippur-Krieg und das Camp-David-Abkommen

1973 griffen Ägypten und Syrien Israel an, um die im Sechstagekrieg von 1967 verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Der Krieg begann am höchsten jüdischen Feiertag, dem Jom Kippur, weshalb er heute unter diesem Namen bekannt ist. In vielen westlichen Darstellungen wird suggeriert, Ägypten habe Israel vernichten wollen. Dabei ging es Präsident Anwar al-Sadat in erster Linie um die Rückgewinnung des Sinai. Nach anfänglichen militärischen Erfolgen der arabischen Seite wendete sich das Blatt. Die massive militärische Unterstützung durch die USA sicherte Israel den Sieg.

Nach dem Krieg wurde in Ägypten deutlich, dass ein militärischer Sieg über Israel kaum noch möglich war. Präsident Anwar al-Sadat entschied sich deshalb für Diplomatie: 1978 unterzeichnete er das Camp-David¹²-Abkommen mit Israel. Ägypten erhielt den Sinai zurück und erkannte Israel als erster arabischer Staat an. Für Israel war das ein strategischer Durchbruch: Ägypten - bis dahin einer der wichtigsten Gegner - fiel als Verbündeter der Palästinenser weg, die sogenannte arabische Front war gespalten. So konnte Israel seine Kontrolle über Westjordanland und Gaza ungestört fortsetzen.

Intifadas und der gescheiterte Friedensprozess (1987-2005)

Ende 1987 führte die andauernde Besatzung zum ersten großen palästinensischen Aufstand: der ersten Intifada, arabisch für „Erhebung“ oder „Aufstand“. Die Folgejahre waren geprägt von Massenprotesten, vermeintlichen Friedensinitiativen und gebrochenen Versprechen. Immer deutlicher zeigte sich: Ohne echte Gerechtigkeit war kein dauerhafter Frieden möglich.

Die erste Intifada und Oslo-Abkommen

Im Dezember 1987 brach in den besetzten Gebieten ein spontaner Volksaufstand aus. Die erste Intifada war eine überwiegend gewaltfreie Massenbewegung, organisiert durch lokale Komitees und getragen von Jugendlichen, Frauen und Arbeitern. Das ikonische Bild palästinensischer Jugendlicher, die mit Steinen gegen israelische Panzer kämpften, wurde zum Symbol eines ungleichen Kampfes – wie David gegen Goliath.

Israel reagierte mit äußerster Härte. Der damalige Verteidigungsminister Yitzhak Rabin ordnete eine sogenannte „Knochenbruchpolitik“ an: Soldaten sollten Demonstranten gezielt Arme und Beine brechen. Über 1100 Palästinenser wurden getötet, darunter viele Kinder. Doch die Intifada machte international sichtbar, dass die Besatzung nicht länger als Normalzustand hingenommen werden konnte.

1993 unterzeichneten Israel und die PLO unter internationalem Druck das sogenannte Oslo-Abkommen¹³, ein Friedensplan, der erstmals direkte Verhandlungen und eine palästinensische Selbstverwaltung vorsah. Dafür wurde die Palästinensische Autonomiebehörde (ff. PA) gegründet, die in bestimmten Teilen des Westjordanlands grundlegende Verwaltungsaufgaben übernehmen sollte, etwa in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Kommunalverwaltung.

Doch das Abkommen hatte gravierende Schwächen: Die zentralen Konfliktpunkte - Flüchtlingsrückkehr, Jerusalem, Grenzen, Siedlungen - wurden gezielt umgangen. Statt einem durchgängigen Staatsgebiet wurde das Westjordanland in drei Zonen geteilt, wobei die PA nur in Zone A (rund 18 %) tatsächliche Kontrolle erhielt.

Zionistische Siedlungspolitik trotz Friedensverhandlungen

Trotz laufender Verhandlungen setzte Israel - wie schon nach 1967 - auf den fortschreitenden Ausbau seiner Siedlungen, diesmal jedoch unter dem Vorwand eines Friedensprozesses. Das Oslo-Abkommen war bewusst so konstruiert, dass es keine wirksamen Mechanismen gab, um Israel am Siedlungsbau zu hindern. Tatsächlich nahm dieser nach 1993 sogar massiv zu: Bis Anfang der 2000er Jahre hatte sich die Zahl der Siedler im Westjordanland nahezu verdoppelt. Jede neue Siedlung untergrub die verbliebene Hoffnung auf einen zusammenhängenden palästinensischen Staat – und damit auch die Glaubwürdigkeit des sogenannten „Friedensprozesses“.

Diese Politik wurde von allen israelischen Regierungen weitergeführt, unabhängig davon, ob sie sich verhandlungsbereit oder konfrontativ gaben. Die Siedlungen dienten dabei nicht nur der territorialen Expansion oder demografischen Verschiebung, sondern auch als strategisches Mittel: Sie sollten Israels Kontrolle festigen und durch vollendete Tatsachen vor Ort den Friedensprozess untergraben – von Anfang an.

In der Realität führte Oslo nicht zu einem Rückzug, sondern zu einer Umstrukturierung der Besatzung. Israel behielt die tatsächliche Macht und verlagerte bloß viele Kosten und Pflichten auf die PA – während diese aber keine Kontrolle über Grenzen, Ressourcen oder Sicherheit hatte. Aus Sicht vieler Palästinenser bedeutete das nicht mehr Selbstbestimmung, sondern eine effizientere Form der Kontrolle, alles im Namen des „Friedens“.

Die zweite Intifada

Nach dem Scheitern der Friedensgespräche in Camp David im Jahr 2000 eskalierte die Lage erneut. Der unmittelbare Auslöser war ein provokativer Besuch des israelischen Politikers Ariel Sharon auf dem Tempelberg/Haram al-Sharif – einem Ort, der sowohl für Muslime als auch für Juden heilig ist. Kurz darauf begann die zweite Intifada, auch „al-Aqsa-Intifada“ genannt.

Im Unterschied zur ersten Intifada war sie deutlich gewaltsamer. In israelischen Städten kam es zu Angriffen mit zahlreichen zivilen Opfern, während Israel mit erheblichen Militäroperationen in den besetzten Gebieten reagierte. Etwa 3000 Palästinenser und 1000 Israelis wurden in den folgenden Jahren getötet, darunter viele Zivilisten auf beiden Seiten. Israel setzte auf Kampfflugzeuge, Panzer und Kampfhubschrauber, auch in dicht besiedelten Wohngebieten. Besonders verheerend war die Militäroperation „Defensive Shield“ im Jahr 2002, bei der ganze Stadtviertel in Trümmer gelegt und zahlreiche Menschen getötet wurden.

Israels Strategie der „Abkopplung“

Nach dem Ende der zweiten Intifada verfolgte Israel unter Premierminister Ariel Sharon eine neue Strategie: den einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahr 2005, offiziell bekannt als „Disengagement“-Plan, auf Deutsch oft als „Abkopplung“ bezeichnet. Dabei wurden alle israelischen Siedlungen im Gazastreifen geräumt und das Militär zog sich aus dem Gebiet zurück.

Hier wiederholte sich das bekannte Muster: Was international als Friedensschritt gefeiert wurde, war nichts weiter als eine taktische Täuschung. Sharon erklärte offen, dass der Rückzug vor allem dazu diente, Israels Kontrolle über das Westjordanland zu festigen und internationalen Druck zu entschärfen. Gaza blieb unter vollständiger israelischer Kontrolle: Israel bestimmte weiterhin, wer das Gebiet betreten oder verlassen durfte, und kontrollierte den Luftraum, das Küstenmeer und den Warenverkehr. Der Gazastreifen wurde so faktisch zu einem abgeriegelten Gebiet – oft als das „größte Freiluftgefängnis der Welt“¹⁴ bezeichnet.

Die politische Lage innerhalb Palästinas spitzte sich währenddessen weiter zu. 2006 gewann die Hamas - eine religiös ausgerichtete Widerstandsbewegung aus dem Gazastreifen - überraschend die Parlamentswahlen. Sie verstand sich als alternative Kraft zur Fatah, einer der führenden Fraktionen innerhalb der PLO, die bis dahin das politische Leben dominiert hatte. Viele Palästinenser warfen der Fatah Korruption und politische Erfolglosigkeit vor, während die Hamas mit ihrem sozialen Engagement und ihrer Widerstandsrhetorik punktete. Infolge des wachsenden Machtkonflikts kam es im Sommer 2007 zur Spaltung: Die Hamas übernahm gewaltsam die Kontrolle über den Gazastreifen, während die Fatah weiterhin die Autonomiebehörde im Westjordanland führte.

Israel reagierte mit regelmäßigen Militärangeriffen auf Gaza, was später unter dem zynischen Begriff „Rasenmähen“ bekannt wurde. Während Gaza abgeriegelt blieb, wurde der Siedlungsbau im Westjordanland unvermindert fortgesetzt.

Die gegenwärtige Situation

Die heutige Lage in Palästina ist das Ergebnis jahrzehntelanger Besatzung, einer Politik der räumlichen Expansion und sogenannter Friedensprozesse, die letztlich nur zur Verfestigung dieser Zustände führten. Daraus haben sich zwei parallele Realitäten entwickelt: der isolierte Gazastreifen unter permanenter Blockade und das fragmentierte Westjordanland, in dem ein Apartheidsystem den Alltag der palästinensischen Bevölkerung bestimmt.

Die Blockade des Gazastreifens

Seit 2007 ist der Gazastreifen nahezu vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Besonders gravierend ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit: Nur in seltenen Ausnahmefällen dürfen Menschen das Gebiet verlassen – selbst dringende medizinische Notfälle werden oft blockiert. Auch die Versorgung mit Gütern unterliegt strenger Kontrolle. Zeitweise waren sogar Produkte wie Koriander, Schokolade oder Schulmaterialien untersagt. Menschenrechtsorganisationen sprechen daher von kollektiver Bestrafung: Eine gesamte Bevölkerung wird für das Verhalten einzelner Gruppen zur Rechenschaft gezogen.

Die Folgen sind verheerend. Über zwei Millionen Menschen leben dicht gedrängt auf einer Fläche kleiner als München. 95 Prozent des Trinkwassers gelten als ungenießbar, Strom ist oft nur wenige Stunden am Tag verfügbar, die Arbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent. Bereits 2012 warnten die Vereinten Nationen, dass Gaza bis 2020 „unbewohnbar“ sein könnte – ein Szenario, das heute vielerorts Realität geworden ist.

Israel rechtfertigt die Abriegelung mit angeblichen „Sicherheitsinteressen“. Doch die Dauer und Grausamkeit der Maßnahmen beweisen, dass dahinter eine langfristige Strategie steht: die Erniedrigung der Zivilbevölkerung und der Versuch, ihren Widerstandswillen zu brechen. Forderungen nach einem Ende der Blockade verhallen bis heute ohne Konsequenzen. Gleichzeitig erhält Israel nach wie vor politische Rückendeckung und militärische Unterstützung – auch von Staaten, die sich offiziell auf Menschenrechte berufen.

Israels „Rasenmähen“-Strategie

Wie zuvor erwähnt, verfolgt Israel seit Jahren eine militärische Praxis, die als „Rasenmähen“ bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass der palästinensische Widerstand in regelmäßigen Abständen durch massive Gewalt zurückgedrängt werden soll – nicht, um ihn dauerhaft zu beenden, sondern um ihn „in Zaum“ zu halten.

In der Praxis bedeutet das: Alle paar Jahre startet das israelische Militär großangelegte Angriffe auf den Gazastreifen, bei denen Tausende Zivilisten getötet und zentrale Infrastrukturen zerstört werden. Zu den größten dieser Angriffe vor dem aktuellen Krieg zählen die Operationen Gegossenes Blei (2008/09), Wolkensäule (2012), Schutzlinie (2014) und Wächter der Mauern (2021). Besonders folgenschwer war diese Operation im Jahr 2014: Über 2200 Palästinenser wurden getötet, darunter mehr als 500 Kinder. Ganze Stadtteile wurden ausgelöscht.

Diese Angriffe folgen einem eingeübten Eskalationsschema: Israel beginnt mit gezielten Tötungen oder anderen Provokationen. Palästinensische Gruppen reagieren mit Raketen, woraufhin Israel wiederum mit überlegener militärischer Gewalt zurückschlägt – offiziell stets unter dem Vorwand der „Selbstverteidigung“. In westlichen Medien setzt die Erzählung dann häufig erst mit der palästinensischen Reaktion ein; welche israelischen Schikanen dieser eigentlich vorausging, wird nur selten benannt oder als nebensächlich dargestellt.

Apartheid als organisiertes System

Seit der zweiten Intifada hat sich im besetzten Palästina ein klar strukturiertes System der Unterdrückung entwickelt: ein Apartheidsystem, das Palästinensern grundlegende Rechte verweigert. Diese Tatsache führen nicht nur palästinensische Stimmen an, sondern wird auch von renommierten Organisationen wie B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International bestätigt.¹⁵ Selbst innerhalb Israels sprechen Kritiker offen von institutionalisierter Diskriminierung.

Dieses System zeigt sich in mehreren Dimensionen:

- **Physische Trennung:** Die 2002 errichtete Sperranlage schneidet tief ins palästinensische Gebiet hinein, trennt Familien, isoliert Dörfer und enteignet faktisch rund 10% des Westjordanlands. Obwohl der Internationale Gerichtshof sie 2004 für völkerrechtswidrig erklärte, wurde der Bau nichtsdestotrotz fortgesetzt.
- **Rechtssystem:** Palästinenser unterliegen dem israelischen Militärrecht, während israelische Siedler im selben Gebiet nach Zivilrecht behandelt werden.¹⁶ Hunderte Checkpoints und getrennte Straßennetze schränken außerdem die Bewegungsfreiheit planmäßig ein.
- **Ressourcenkontrolle:** Palästinensisches Land wird gezielt enteignet – für israelische Siedlungen, militärische Sperrzonen oder vermeintliche „Naturschutzgebiete“. Beim Zugang zu Wasser herrscht zudem extreme Ungleichheit: Ein israelischer Siedler verbraucht im Schnitt fünfmal so viel Wasser wie ein palästinensischer Bewohner.

Unter der aktuellen israelischen Regierung wurde diese Politik noch weiter verschärft. Der Siedlungsausbau schreitet ungebremst voran, begleitet von offen geäußerten Plänen, große Teile des Westjordanlands zu annektieren. Parallel dazu nehmen Übergriffe radikaler Siedler auf Palästinenser deutlich zu. Oft geschieht dies mit Duldung, manchmal sogar mit Unterstützung durch die israelische Armee.

Der 7. Oktober und seine Folgen

Die Angriffe vom 7. Oktober 2023, bei denen bewaffnete Einheiten aus dem Gazastreifen israelische Militärposten und Siedlungen nahe der Grenze angriffen, markieren einen dramatischen Wendepunkt im Konflikt. Wie schon in früheren Eskalationen wurde auch hier die Darstellung stark verwässert: In westlichen Medien erschien der Angriff als plötzlicher Terrorakt – ohne Kontext, ohne Vorgeschichte, ohne ein einziges Wort über Belagerung, Besatzung und systematische Entrechtung.

Für viele Palästinenser markierte dieser Tag aber nicht den Beginn, sondern die Zuspitzung eines nie enden wollenden Ausnahmezustands. Aus Sicht der Widerstandsgruppen war der Angriff das Ergebnis monatelanger Planung und kein willkürlicher Ausbruch. Die Operation sollte ein strategischer Wendepunkt sein – ein verzweifelter Weckruf an eine Weltöffentlichkeit, die Palästina längst vergessen hatte. In einer Lage, die zunehmend als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wurde, entstand die Überzeugung, dass ohne ein klares Signal das Projekt der ethnischen Säuberung stillschweigend weiter fortgeführt würde.

Zentrale Bestandteile der Operation wie das Eindringen in israelisches Gebiet und die Geiselnahmen zielten darauf ab, die militärische Überlegenheit Israels kurzfristig auszuhebeln und die internationale Aufmerksamkeit zurück auf Palästina zu lenken. Dabei ging man offenbar davon aus, dass Israel zumindest im Umgang mit Geiseln Zurückhaltung zeigen würde.

Diese Hoffnung erwies sich jedoch als illusorisch: Israel reagierte mit nie dagewesener Härte – selbst in Situationen, in denen das Leben eigener Geiseln gefährdet war. Seit Oktober 2023 wurden laut Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza mindestens 53.901 Palästinenser getötet, darunter mehr als 15.600 Kinder (Stand: Mai 2025). Ganze Stadtteile wurden ausgelöscht, Krankenhäuser bombardiert, Hilfslieferungen blockiert. Die Zahl der Toten steigt täglich, ein Ende ist nicht absehbar. UN-Experten und internationale Juristen sprechen inzwischen von einem Genozid. Selbst der Antrag auf einen internationalen Haftbefehl gegen Premierminister Netanjahu führte bisher zu keiner spürbaren politischen Reaktion.

Ein weltweiter Aufschrei blieb aus: Die USA lieferten weiter Waffen im Milliardenwert, viele westliche Staaten beschränkten sich auf folgenlose Erklärungen. Selbst aus der muslimischen Welt kam kaum mehr als symbolischer Protest. Zwar beschloss der Internationale Gerichtshof vorläufige Maßnahmen, doch durchgesetzt wurde bisher nichts. Stattdessen zeigte sich erneut, wie selektiv Prinzipien wie Menschenrechte und Völkerrecht angewendet werden – vor allem, wenn es um Israel geht. Strategisch war der 7. Oktober somit auch ein Wendepunkt, an dem deutlich wurde, wie begrenzt die Optionen der palästinensischen Seite tatsächlich sind.

Fazit

Dieses Whitepaper hat gezeigt: Was in Palästina geschieht, ist kein isoliertes Ereignis, sondern das Ergebnis einer langen, viel zu lange unter den Teppich gekehrten Geschichte. Der Konflikt begann nicht erst 2023, sondern ist das direkte Resultat politischer Entscheidungen des 20. Jahrhunderts – von der Balfour-Erklärung über die Nakba bis hin zur andauernden Besatzung. Es hat offengelegt, wie bis zum heutigen Tag Narrative geschaffen werden, um diese Geschichte aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Ziel war es nicht, einen weiteren Beitrag zur Diskussion zu leisten, sondern gängige Mythen zu entkräften – mit belegten Fakten, mit Kontext und mit einer Sprache, die ganz klar benennt, was allzu lange verschwiegen wurde. Dabei wurden viele Zusammenhänge nur angerissen, und genau das ist Teil des Konzepts: Dieses Whitepaper versteht sich nicht als Schlusspunkt, sondern als Ausgangspunkt – eine erste Orientierung, an der du dich entlanghangeln kannst, um tiefer zu verstehen und dich fundiert zu positionieren, insha'Allah. Historisches Bewusstsein ist dabei kein Selbstzweck, sondern Grundlage für Klarheit, Standhaftigkeit und Verantwortungsbereitschaft.

Genau hier knüpft die Arbeit des One Ummah Forums an: Dieses Whitepaper ist Teil eines umfassenderen Projekts, das islamisches Bewusstsein neu verankern und das geistige Erbe unserer Ummah stärken will. Es geht nicht darum, das goldene Zeitalter des Islam mit leeren Floskeln nostalgisch zu beschwören, sondern darum, es intellektuell, spirituell und praktisch neu zu beleben. Dafür stellen wir Bildungsressourcen bereit: in Form von Serien, Büchern und Kursen, die genau dort ansetzen, wo dieses Whitepaper endet.

Wenn dich dieses Whitepaper bewegt hat, dann nutze ihn als Einstieg: für dein eigenes Weiterlernen, für eine klare Haltung und für die Mitwirkung an einem Wandel, der bei dir selbst beginnt. Denn Solidarität ist mehr als Empathie. Sie wird erst durch Taten lebendig. Und genau das ist der Punkt: Die Ummah braucht Menschen, die sich nicht bloß informieren, sondern selbst aktiv werden.

Möge dieses Whitepaper ein Anstoß gewesen sein: für mehr Bewusstsein, tiefere Einsicht und für einen festen Platz in der Geschichte, die wir mit Allahs Erlaubnis schreiben.

Weiterführende Literatur

Für ein tieferes Verständnis der in diesem Whitepaper behandelten Themen empfiehlt das One Ummah Forum folgende Werke:

Historische Grundlagen:

- Ilan Pappé: „Die ethnische Säuberung Palästinas“
- Rashid Khalidi: „The Hundred Years' War on Palestine“
- Nur Masalha: „Palestine: A Four Thousand Year History“
- Edward Said: „The Question of Palestine“

Zum Verständnis der Besatzung:

- Noam Chomsky & Ilan Pappé: „Gaza in Crisis“
- B'Tselem: „A Regime of Jewish Supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is Apartheid“
- Louis Theroux: „The Settlers“

Palästinensischer Widerstand:

- Ramzy Baroud: „The Last Earth: A Palestinian Story“
- Norman Finkelstein: „Gaza: An Inquest into Its Martyrdom“

Zur Rolle westlicher Mächte:

- Stephen Walt & John Mearsheimer: „The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy“
- Noam Chomsky: „Fateful Triangle: The United States, Israel, and the Palestinians“

Ideologiekritik und Narrative:

- Abdul Wahab El-Messiri: „Zionism, Nazism and the End of History“
- Abdul Wahab El-Messiri: „The Encyclopaedia of Jews, Judaism and Zionism“ (Auszüge)
- Sapience Institute: „Unveiling Tyranny: The Genocide In Gaza & False Zionist Narratives On Palestine“
- Sapience Institute: „The Double Standard: Media Reactions to Zionist Terror“

Online-Ressourcen:

- Electronic Intifada (electronicintifada.net)
- Middle East Monitor (middleeastmonitor.com)
- B'Tselem (btselem.org)
- Institute for Palestine Studies (palestine-studies.org)

Fußnoten

1. Der Prophet Muhammad صلى الله عليه وسلم verdeutlichte dieses Gefühl kollektiver Verbundenheit in einem bekannten Hadith: „Die Gläubigen sind in ihrer gegenseitigen Liebe, ihrem Mitgefühl und ihrer Barmherzigkeit wie ein Körper. Wenn ein Teil davon leidet, reagiert der ganze Körper mit Schlaflosigkeit und Fieber.“ (Sahih Muslim 2586) Eben diese natürliche Verbundenheit soll gezielt geschwächt werden – nicht nur, indem das Leid anderer Muslime isoliert betrachtet wird, sondern auch, indem man die Geschichte selbst aus ihrem Zusammenhang reißt. Was wie ein einzelner Konflikt erscheint, wird dadurch von seinem größeren Kontext getrennt – und mit ihm das Bewusstsein der Ummah.
2. Vgl. „Muslim Accounts of the Conquest of Jerusalem (1099)“, University of Wisconsin–Milwaukee, <https://sites.uwm.edu/carlin/muslim-accounts-of-the-conquest-of-jerusalem/> und <https://cojs.org/1099-2/>
3. <https://www.britannica.com/place/Canaan-historical-region-Middle-East>
4. Vgl. <https://www.cam.ac.uk/research/news/genetic-study-suggests-present-day-lebanese-descend-from-biblical-canaanites> ; [https://www.cell.com/ajhg/fulltext/S0002-9297\(17\)30276-8](https://www.cell.com/ajhg/fulltext/S0002-9297(17)30276-8) ;
5. „Diaspora“ bezeichnet das Leben einer ethnischen oder religiösen Gemeinschaft außerhalb ihres ursprünglichen Heimatgebiets. Im Judentum wird der Beginn der Diaspora häufig mit der römischen Vertreibung verbunden – doch gerade die Einordnung dieses Gebiets als ursprüngliches jüdisches Heimatland ist historisch umstritten.

6. Ein „Weißbuch“ ist ein offizielles Strategie- oder Grundsatzpapier einer Regierung, das politische Ziele oder Maßnahmen formuliert. Im britischen Kolonialkontext diente es häufig zur Festlegung der Politik gegenüber bestimmten Regionen. Das Weißbuch von 1939 etwa begrenzte die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch und kündigte eine arabisch dominierte Verwaltung für die Zukunft an.
7. Simha Flapan, *The Birth of Israel: Myths and Realities*, Pantheon Books, 1987; Benny Morris, *Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001*, Vintage Books, 2001.
8. Zahlreiche historische Studien belegen die systematische Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch zionistische Kräfte. Vgl. u. a. Ilan Pappé, *The Ethnic Cleansing of Palestine* (Oneworld Publications, 2006); Benny Morris, *Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001* (Vintage Books, 2001); Nur Masalha, *Expulsion of the Palestinians: The Concept of “Transfer” in Zionist Political Thought, 1882–1948* (Institute for Palestine Studies, 1992).
9. Als „Brückenkopf“ bezeichnet man einen militärischen oder politischen Stützpunkt in einer fremden Region, um Einfluss auszuweiten oder abzusichern.
10. John Quigley, *The Six-Day War and Israeli Self-Defense: Questioning the Legal Basis for Preventive War*, Cambridge University Press, 2013; Norman G. Finkelstein, *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict*, Verso Books, 2003.
11. Die Vierte Genfer Konvention wurde 1949 verabschiedet und legt den Schutz von Zivilpersonen in Kriegs- und Besatzungssituationen fest.
12. Camp David ist der offizielle Landsitz des US-Präsidenten in den Bergen von Maryland. Er wird häufig für geheime oder vertrauliche Gespräche genutzt, wie im Fall des Abkommens zwischen Israel und Ägypten im Jahr 1978.
13. Das Abkommen wurde nach der norwegischen Hauptstadt Oslo benannt, wo 1992/93 geheime Vorgespräche zwischen Israel und der PLO stattfanden.
14. Pappé, Ilan: *The Biggest Prison on Earth: A History of the Occupied Territories*, Oneworld Publications, 2017.
15. Siehe z. B. <https://www.hrw.org/news/2021/04/27/abusive-israeli-policies-constitute-crimes-apartheid-persecution> und <https://www.amnestyusa.org/campaigns/end-apartheid>
16. Im Westjordanland gilt für Palästinenser das israelische Militärrecht: Sie können ohne Anklage verhaftet werden, landen vor Militärgerichten und oft sogar als Minderjährige im Gefängnis. Für israelische Siedler gelten dagegen die normalen Gesetze des israelischen Staates – mit mehr Rechten und besseren rechtlichen Schutzmöglichkeiten.

Dieses Whitepaper wurde vom One Ummah Forum veröffentlicht und darf in seiner ursprünglichen, unveränderten Form frei weitergegeben und verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Dokuments darf für nicht-kommerzielle Zwecke – einschließlich Bildungs- und Forschungszwecken – kopiert, zitiert oder weiterverwendet werden, sofern eine ordnungsgemäße Quellenangabe zum One Ummah Forum als ursprünglicher Urheber erfolgt.

Eine kommerzielle Nutzung, Weiterverbreitung zu Gewinnzwecken oder jegliche Modifikation des Inhalts ist strengstens untersagt.

© One Ummah Forum. Alle Rechte vorbehalten.



Die Autorin dieses Whitepapers – **Y. L. Essaoudi** – hat sich im Rahmen eines intensiven Selbststudiums und fundierter Recherchen eingehend mit dem Thema auseinandergesetzt. Es wurde großer Wert auf die Überprüfung der Quellen und die Sicherstellung der inhaltlichen Genauigkeit gelegt. Nach Fertigstellung wurde der Inhalt von unserem Qualitätssicherungsteam geprüft und freigegeben.